



Chance für Frieden und Sicherheit in Nahost

Die Unionsfraktion setzt darauf, dass das iranische Volk nach dem Krieg seine Freiheit und Selbstbestimmung zurückgewinnt. Fraktionsvize Norbert Röttgen sagte im Bundestag, schon allein die Schwächung des terroristischen Mullah-Regimes durch die amerikanisch-israelischen Luftschläge sei ein „maximaler Gewinn für die Iranerinnen und Iraner“. Wenn es gelinge, das Regime vollständig zu beseitigen, sei dies auch eine Chance für Sicherheit und Frieden im gesamten Nahen Osten.

Auch der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Jürgen Hardt, betonte: „Das Beste wäre, wenn das iranische Volk die Chance hätte, die Dinge in die Hand zu nehmen und das Militär sich auf seine Seite stellt.“ Zu der Auslöschung der iranischen Führungsriege schon in den ersten Tagen des Krieges sagte er: „Ich weine den Mullahs im Iran keine Träne nach.“ Ihr Atom- und Raketenprogramm, ihre Unterstützung für Terrororganisationen in der Region – wie die Hisbollah, die Hamas oder die Huthis – sei eine konkrete Gefahr auch für Europa.

Zum Präventivschlag gegen den Iran, den die USA und Israel am Samstag eingeleitet hatten, hatte die Koalition aus CDU, CSU und SPD eine aktuelle Stunde im Bundestag beantragt. Röttgen rechtfertigte den Krieg mit der absoluten Gefährlichkeit des Mullah-Regimes, das nach Atomwaffen strebe und ein Raketenprogramm betreibe, das sein Volk terrorisiere und Terror in der gesamten Region finanziere. „Ohne Teheran, ohne dieses Regime hätte es den 7. Oktober nicht gegeben“, sagte Röttgen mit Blick auf den blutigen Hamas-Überfall auf Israel vor zweieinhalb Jahren.

Röttgen verwies zudem auf die wahllosen Luftschläge gegen die benachbarten Golfstaaten, mit denen der Iran derzeit Vergeltung übt. Diese Raketenangriffe seien absolut zu verurteilen, sagte er. Hardt dankte den arabischen Staaten dafür, dass sie so besonnen mit der Situation umgehen – im Vertrauen darauf, dass die USA das iranische Raketenprogramm vernichten. Die Zerstörung dieses Programms sei auch im ureigenen Interesse Deutschlands und Europas, denn es stelle eine große Gefahr dar.

Die Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Serap Güler, nannte die iranischen Gegenschläge „willkürlich, heimtückisch und brutal“. Sie forderte Teheran auf, diese Angriffe sofort einzustellen. Iran müsse auch die Blockade in der Straße von Hormus aufheben und dort freie Schifffahrt ermöglichen. Durch die Blockade können Frachter die Meerenge nicht passieren. Die Preise für Öl und Gas sind infolgedessen bereits deutlich gestiegen.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende sprach auch die völkerrechtliche Debatte über die Rechtmäßigkeit des Präventivschlages an. Dabei gebe es kein absolutes Richtig oder Falsch. Vielmehr gehe es um ein Dilemma, um die Abwägung zwischen zwei Übeln: „Krieg ist ein Übel, ohne jede Frage. Aber das Regime der Mullahs ist das größte Übel für die Region, die Menschen im Iran und darüber hinaus.“ Das Völkerrecht dürfe keine Existenzgarantie für ein Regime sein, welches das Völkerrecht ablehne und verachte.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



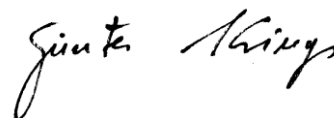
den Konflikt im Iran und seine wirtschaftlichen Folgen müssen und werden wir ernst nehmen. Es ist klar, dass dieser neue Krieg Ängste auslöst – vor Eskalation, vor Vergeltungsaktionen, vor Migrationsbewegungen und vor steigenden Preisen.

Zu beobachten sind bereits stark steigende Öl- und Gaspreise, nicht zuletzt deshalb, weil Iran seine Gegenschläge auf die gesamte Golfregion ausweitet und mit der Straße von Hormus eine wichtige Schifffahrtsroute blockiert.

Unsere Reaktion muss aber besonnen und nicht hektisch sein. Deshalb wäre es verfrüht, schon jetzt, wenige Tage nach Beginn der Luftschläge, konkrete Entlastungsmaßnahmen zu versprechen. Denn wir wissen, die steuerlichen Entlastungen von heute werden die finanziellen Belastungen von morgen sein. Kraftstoffpreise sind immer auch von Krisen und Kriegen abhängig und waren vor vier Jahren zu Beginn des russischen Angriffskrieges auch schon weit jenseits der 2-Euro-Marke pro Liter. Dennoch sehe ich die große Belastung für die Bürgerinnen und Bürger. Auch deshalb hat die Bundesregierung die Pendler durch die Erhöhung der Pendlerpauschale um acht Cent auf 38 Cent entlastet.

Eine Kernaufgabe des Staates ist aber die Gewährleistung der Versorgungssicherheit, insbesondere was Energie und Lebensmittel anbelangt. Hierzu ist zwar bereits einiges erreicht worden, aber wir müssen hier schnell noch besser werden. Ein Resilienz- oder Notfallplan mit strategischen Reserven und einer europäischen Kooperation bei deren Aufbau kann in diesem Bereich auch unabhängig von dem aktuellen Konflikt ein guter Ansatz sein. Die aktuelle Lage gibt jedenfalls den Anlass, hierzu in der Bundesregierung nun schnell eine kluge Lösung zu erarbeiten.

Herzliche Grüße aus Berlin!



Dr. Günter Krings, MdB

Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch

Mehr Gerechtigkeit im Sozialstaat

Die Neue Grundsicherung ersetzt künftig das Bürgergeld. Wichtigstes Ziel der Reform der Koalition aus CDU/CSU und SPD ist es, Menschen dauerhaft in Arbeit zu bringen. Sozialleistungen erhalten nur noch diejenigen, die wirklich nicht arbeiten können. Menschen, die arbeiten wollen, werden hingegen gefördert. Auch dem Sozialleistungsmissbrauch sagt die Koalition den Kampf an. Das gilt sowohl für Unternehmen, die Menschen illegal beschäftigen, als auch für Schwarzarbeiter selbst.

Die Koalition kehrt zurück zum Prinzip des Fördern und Forderns. Das heißt: Arbeitslose haben eine Pflicht zur Mitwirkung bei der Arbeitssuche. Wer Termine beim Jobcenter verstreichen lässt oder eine zumutbare Arbeit nicht annimmt, obwohl er arbeiten könnte, erhält verringerte Leistungen oder – in letzter Konsequenz – gar keine mehr. Nur für Haushalte mit Kindern sind keine Kürzungen bei den Kosten der Unterkunft vorgesehen.

Es gilt künftig der Vermittlungsvorrang. Das bedeutet: Wer arbeiten kann, soll schnellstmöglich eine Stelle annehmen. Damit Menschen dauerhaft am Arbeitsmarkt Fuß fassen können, spielen aber auch Weiterbildung, Qualifizierung und Förderung eine wichtige Rolle. Insbesondere bei jüngeren Menschen liegt der Fokus auf Qualifizierung. Denn es gilt: Der beste Schutz vor Langzeitarbeitslosigkeit ist eine abgeschlossene Ausbildung.

Gerecht ist die Reform, weil sie die Bedürfnisse aller Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen berücksichtigt. Diejenigen, die Arbeit suchen, erhalten Förderung. Diejenigen, die nicht arbeiten können, erhalten Unterstützung. Und diejenigen, die hart arbeiten und so den Sozialstaat finanzieren, können sicher sein, dass ihre Steuern und Abgaben verantwortungsvoll verwendet werden.

Der Grundsatz der Solidarität bleibt unangetastet. Wer Hilfe benötigt, kann sich ohne Einschränkung auf die staatliche Unterstützung verlassen. Das gilt etwa für Alleinerziehende oder Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen.

Impressum:

Ausgabe Nr. 04/2026,
06. März 2026

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ Vi.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck

Weidetiere werden besser vor Wölfen geschützt

Der Deutsche Bundestag hat am Donnerstag das Gesetz zur Änderung des Bundesjagdgesetzes und zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes beschlossen. Im Koalitionsvertrag haben CDU, CSU und SPD vereinbart, den Wolf ins Jagdrecht aufzunehmen. Durch die Änderung des Bundesjagdgesetzes können die Länder bei günstigem Erhaltungszustand revierübergreifende Managementpläne aufstellen, auf deren Grundlage die Bejagung nach regionalen Erfordernissen vorgenommen wird.

Das Gesetz führt klare Regeln ein, um Wölfe zu bejagen. Dieses ist dringend erforderlich. Infolge der gestiegenen Zahl an Wölfen in Deutschland wurden immer mehr Weidetiere von Wölfen getötet, neben Schafen und Ziegen auch Rinder und Pferde. Durch Wolfsrisse entstehen nicht nur Schäden für Tierhalter. Das Leid der Weidetiere, die häufig qualvoll verenden, sorgt für Entsetzen und widerspricht dem Tierschutz.

Vielerorts haben die Menschen für die unkontrollierte Ausbreitung des Wolfes kein Verständnis mehr. Die Belastungen und Ängste nimmt die Koalition sehr ernst. Deshalb handelt sie nun, um die Wolfsbestände zu regulieren. Das Gesetz ist ein wichtiger Schritt, um im ländlichen Raum die Konflikte um den Wolf zu befrieden.

Durch die Gesetzesänderung bekommen Jägerinnen und Jäger sowie die Jagdbehörden praktikable Instrumente für ein effektives Wolfsmanagement an die Hand. Mit den Neuregelungen wollen wir Weidetiere besser schützen. Denn Weidetierhaltung ist die tierwohlfreundlichste Form der Nutztierhaltung und für den Erhalt unserer vielfältigen Kulturlandschaft unverzichtbar. Die Bejagung ist eine erforderliche Ergänzung des präventiven Herdenschutzes, zum Beispiel durch Zäune und Hütehunde.

Der Wolf ist eine heimische Tierart und soll es auch bleiben. Inzwischen ist aber ein günstiger Erhaltungszustand erreicht. Durch Bestandsregulierung und Problemwolf-Entnahmen wird die Art nicht gefährdet. Mit dem Gesetz sorgen wir für einen fairen Ausgleich zwischen der Weidetierhaltung und dem Wolfschutz. Das Gesetz ist ein wichtiger Schritt, die gesellschaftliche Akzeptanz für den Artenschutz zu erhalten.